

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/03/2005
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 17.05.2005
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung
- Mündlicher Bericht über das Projekt päd.quik
4. Bericht über das Projekt 'Auszeit'
5. Haushaltsplanberatungen 2005
6. Umsetzung Kindergartenbedarfsplanung - Ergebnisse der Regionalforen
7. Jahresbericht MusicOffice Hagen für das Jahr 2004 / Ergänzung Bericht 2003
Vorlage: 0392/2005
8. Prioritätenliste Kinderspielplätze
Vorlage: 0134/2005
9. Verteilung der Landesmittel 'Offene Jugendarbeit' für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage: 0389/2005
10. Zukunftsfähigkeit der Stadt Hagen
- Demografie und Stadtumbau -

hier: Analyse
Vorlage: 0212/2005
11. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Hagen
Vorlage: 0954/2005
12. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs.8 der Geschäftsordnung des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Mitteilungen

Herr Strüwer eröffnet die Sitzung und bittet darum, sich beim Verlassen der laufenden Sitzung beim Schriftführer abzumelden. Beiträge sollten im Regelfall nicht drei Minuten überschreiten. Er teilt weiter mit, dass er das Schreiben von Frau Kostewitz zur Schwimmbadsituation weitergeleitet hat.

Zur ersten Sitzung des Beitrags Kultopia teilt Herr Strüwer mit, dass Herr Fischer zum Vorsitzenden und Frau Gerber zur Stellvertreterin gewählt wurden. Vor der Sommerpause soll eine weitere Sitzung des Beirates erfolgen. Anschließend soll im Jugendhilfeausschuss das Thema Kultopia erörtert werden.

Herr Steuber macht auf eine Broschüre des Landesjugendamtes über die Arbeit des JHA aufmerksam und schlägt zu diesem Thema eine Infoveranstaltung des Fachbereichs Jugend und Soziales für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses vor. Herr Schledorn und Herr Strüwer denken an eine Infoveranstaltung von 3 – 4 Stunden direkt nach der Sommerpause.

Herr Steuber berichtet von dem Förderkonzept des Landes NRW zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes. Fünf Mio. Euro stehen hier zur Verfügung. Drei wesentliche Ziele müssen in diesem Projekt erreicht werden:

- a. Transparenz der Angebote herstellen
- b. Vernetzung und Kooperation herstellen
- c. Steuerungsfunktion der Kommune

Diese könnten gemeinsam gut erreicht werden, so dass versucht wird, eine solche Vernetzungsarbeit für Hagen zu bekommen.

Weiter gibt es ein Rundschreiben, aus dem eine Entscheidung des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder zum Kindertagesstättenausbaugesetz (TAG) hervorgeht, dass kleine altersgemischte Gruppen auch in eine andere Zusammensetzung umgewandelt werden können.

Herr Strüwer sieht dadurch die Planungen im Gesamtbereich Kindergärten erleichtert.!

Herr Goldbach weist daraufhin, dass das Jugendzentrum Altenhagen in einem anderen Unterabschnitt des Etatentwurfs ist als die anderen Jugendeinrichtungen, weil in den letzten fünf Jahren diese Einrichtung über den „Landeszuschuss soziale Stadt“ zu 90% refinanziert wurde. Das Stadterneuerungsprogramm 2005 gibt trotz Auslaufen dieses Zuschusses an, dass die Refinanzierung bis zum 31.12.2009 fortgeführt werden kann. Das spart der Stadt Hagen in den nächsten fünf Jahren 550.000,-€.

2. Anliegen der Jugendräte

Die Jugendräte nahmen an dieser Sitzung auf Grund des frühen Sitzungsbeginns nicht teil.

3. Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung - Mündlicher Bericht über das Projekt päd.quik

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Der Bericht wird von Frau Hartel vorgestellt.

Herr Steuber bedankt sich dafür, dass sich so viele Mitarbeiter für ihre Arbeit engagieren und sie noch besser machen wollen.

Herr Srüwer schließt sich diesem Dank an und weist darauf hin, dass es nicht nur wichtig ist, Qualität zu sichern und zu verbessern, sondern wie in diesem Projekt auch die Arbeit inhaltlich zu optimieren. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass die Ergebnisse auf die anderen Tageseinrichtungen übertragen werden.

4. Bericht über das Projekt 'Auszeit'

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haltner von der Jugendgerichtshilfe und Herr Kerkhoff von der kommunalen Drogenhilfe erläutern das „Projekt Auszeit“.

Herr Strüwer erkundigt sich, wie die Jugendlichen rekrutiert werden, ob die speziellen Kenntnisse auch auf andere Mitarbeiter übertragbar sind und ob die Finanzierung gesichert ist.

Frau Haltner erläutert, dass die Hinweise immer zuerst über das Gericht kommen. Die Zugangsgrundlage ist dann eine richterliche Weisung oder eine Bewährungsauflage. Das Projekt wird ausschließlich durch Frau Haltern und Herrn Kerkhoff durchgeführt, so dass zusätzliche Mitarbeiter nicht erforderlich sind. Die Finanzierung ist über die Haushaltsstelle Suchtprävention der kommunalen Drogenhilfe gesichert.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Frau Kurte, Herr Schledorn, Herr Haensel und Herr Strüwer.

Herr Strüwer wünscht viel Erfolg für die weitere Arbeit und lobt die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den Justizinstitutionen. Herr Schledorn regt an, im Laufe des Jahres einen mündlichen Bericht über die Arbeit der Drogenhilfe auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses zu setzen.

5. Haushaltsplanberatungen 2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer weist daraufhin, dass bei der Haushaltsplanberatung die vorliegende Änderungsliste zu beachten ist.

Herr Steuber teilt mit, dass drei Änderungsanträge im Zusammenhang mit der Haushaltsplanberatung mitzuberaten sind:

1. Zuschussantrag der Beratungsstelle Hohlestraße über 10.000,-€
2. Projekt Straßenkinder über 25.000,-€
3. Antrag des Integrationsrates

Herr Haenel gibt zu bedenken, dass keine Anlage zu den Stellenplänen beiliegt.

Herr Schierau teilt mit, dass der Stellenplan erst in der ersten Beratung des Personalausschusses ist.

Herr Strüwer und Herr Schledorn weisen darauf hin, dass nach dem KJHG der Jugendhilfeausschuss über den Stellenplan des Jugendamtes zu entscheiden hat und die Beratung in der nächsten JHA-Sitzung erfolgen wird.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer erläutert Herr Schierau die Null-Setzungen bei der Gebäudereinigung.

Zum Punkt Betrieb für soziale Einrichtungen Holding GmbH möchte Herr Strüwer eine Stellungnahme, aus welchem Grund hier ein erheblicher Betrag neu eingebracht worden ist. Herr Schierau erläutert, dass auf Grund der Betriebsprüfung eine besondere betriebswirtschaftliche Konstellation der Betriebsprüfer dazu geführt hat, dass Vermögen in den BSH eingebracht wurde und somit Körperschaftssteuer zu entrichten war.

Frau Klos-Eckermann bittet in diesem Zusammenhang, dass aus jugendhilfeplanerischer Sicht von der Verwaltung ein Bericht erstellt wird über die momentane Situation und über die konzeptionelle Weiterentwicklung speziell des Kinderheimes. Dieser Bericht sollte in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vorgestellt werden.

Herr Steuber sichert diesen Bericht zu.

Herr Strüwer leitet über zum Unterabschnitt 4510 Jugendarbeit und erinnert an den Änderungsantrag des Integrationsrates.

Im Rahmen der allgemeinen Diskussion wird deutlich, dass ein Beschluss zur Erhöhung des Ansatzes Integrationsförderung ausländischer Vereine das Abrücken von eigenen Beschlüssen bedeuten würde. Herr Steuber weist daraufhin, dass Integrationsförderung noch an weiteren sechs Stellen des Haushaltsplanes Ansätze ausgewiesen sind.

Herr Strüwer bittet die Verwaltung, ohne von bestehenden Beschlüssen abzuweichen und ohne einen neuen Beschluss zu fassen, gegebenenfalls Verschiebungen vorzunehmen, so dass die objektiven Bedürfnisse der Vereine befriedigt werden können. Dies findet allgemeine Zustimmung.

Zu dem wünschenswerten Projekt Straßenkinder wird nach Diskussion folgender Beschluss gefasst:

Der JHA empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss zu fassen:

1. Durch Umschichtung im Etat des Fachbereich Jugend und Soziales sind pro Jahr 22.500,- € für das Straßenkinderprojekt des Diakonischen Werkes bereitzustellen.
2. Die Bezuschussung ist zunächst begrenzt auf zwei Jahre. Vor Ablauf dieser Zeit wird frühzeitig ein Sachstands- und Verlaufsbericht des Diakonischen Werkes vorgelegt.
3. Die Finanzierung ist in den bestehenden Budgetvertrag mit dem Diakonischen Werk zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Enthaltungen: 2

Herr Strüwer erinnert daran, dass die Beratungsstelle Hohlestraße einen Antrag auf Zuschuss der Präventionsarbeit beim Projekt Tripple P über 10.000,-€ gestellt hat. Er sieht keine Möglichkeit, da es auch keine Kompensationsmöglichkeiten an anderer Stelle gebe, diese Mittel bereitzustellen. Eventuell könnten Gespräche mit der Sparkasse helfen, dieses sinnvolle Projekt zu unterstützen.

Weiter erkundigt sich Herr Strüwer, wie es zu den eklatanten Erhöhungen des Ansatzes im Unterabschnitt 4530 kommen konnte.

Herr Steuber berichtet, dass es im Bereich Hilfen zur Erziehung eine jährliche Steigerung der Fallzahlen um 6% gibt. Im Vergleich mit anderen Städten belegt Hagen den ersten Platz, somit den geringsten Aufwand an Hilfen zur Erziehung.

Im Bereich der Heimerziehung bei unter 12jährigen besteht Verbesserungsbedarf. Dem wird mit Qualitätsentwicklung und dem Qualitätshandbuch und dem Ausbau des Pflegekinderdienstes begegnet.

Weitere Maßnahmen zur Kostenreduzierung sind Zielvereinbarungen mit den freien Träger und Controlling zwischen den RSDs durch Excelvergleichstabellen.

Der Gesetzgeber will dem Kostenanstieg durch Änderung des SGB VIII begegnen.

Herr Haensel erkundigt sich, ob es ein einmaliges oder ein Dauerrechnungsabgrenzungsproblem gibt.

Herr Östereicher teilt mit, dass dieses Problem einmalig ist.

Herr Strüwer macht darauf aufmerksam, dass der Jugendhilfeausschuss eine deutlichere Darstellungsform benötigt, damit einzelne Positionen klarer werden. Größere Transparenz ist erforderlich, damit zum Beispiel bei den Hilfen zur Erziehung die Kostenverteilung im Ausschuss diskutiert werden kann.

Herr Steuber sichert zu, diese verbesserte Darstellungsform bis zum Sommer vorzulegen.

Weitere Fragen von Herrn Schledorn, Herrn Strüwer und Frau Klos-Eckermann werden von Herrn Steuber und Herrn Goldbach beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Verwaltungshaushalt 2005 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Enthaltungen: 1

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vermögenshaushalt und dem Investitionsprogramm 2005 zu.

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
- Mit Mehrheit beschlossen
- Einstimmig abgelehnt
- Mit Mehrheit abgelehnt
- Abgelehnt bei Stimmgleichheit
- Ohne Beschlussfassung
- Zur Kenntnis genommen

Dafür:

Dagegen:

Enthaltungen: 1

6. Umsetzung Kindergartenbedarfsplanung - Ergebnisse der Regionalforen**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber teilt mit, dass Frau Haack und Herr Machatschek die Leitung in den Regionalforen haben.

Frau Haack erläutert den Bericht. Sie weist darauf hin, dass zusätzlicher Abstimmungsbedarf mit den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Hohenlimburg besteht. Dies wird in die Kindergartenbedarfsplanung im Juni 2005 einfließen.

Herr Strüwer dankt Frau Haack, Herrn Machatschek für die hervorragende Arbeit.

Beschluss:

Dem Bericht wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird gehalten, auf dieser Grundlage den mit dem Gemeindeverband der katholischen Kirchengemeinden Ruhr-Mark getroffenen Vereinbarungen einen entsprechenden Vertrag vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**7. Jahresbericht MusicOffice Hagen für das Jahr 2004 / Ergänzung Bericht 2003
Vorlage: 0392/2005****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Der Bericht wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Jahresbericht 2004 des MusicOffice Hagen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

8. Prioritätenliste Kinderspielplätze Vorlage: 0134/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Zillner erläutert, dass auf Grund des § 81 GO NRW keine neuen Maßnahmen begonnen werden dürfen. Es wurde nach Wegen gesucht, trotzdem etwas zu tun. Kinderspielplätzen, bei denen eine gesicherte Nutzung nicht möglich ist, können grundüberholt werden, um die Verkehrssicherheit, Funktionalität und den Substanzerhalt sicherzustellen.

Es wird darum gebeten, den Bolzplatz Berchumer Straße in der Prioritätsliste zu berücksichtigen.

Frau Klos-Eckermann und Herr Goldbach schlagen vor, die Bezirksvertretungen entscheiden zu lassen.

Herr Strüwer erkundigt sich, wie schnell die Prioritätsliste abgearbeitet werden kann. Herr Zillner gibt 2 – 3 Spielplätze pro Jahr an.

Nach weiterer Diskussion ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Der neuen, reduzierten Prioritätenliste wird mit folgender Ergänzung zugestimmt:

Der Bolzplatz an der Berchumer Straße wird an Stelle 11 berücksichtigt, wobei die jeweiligen Bezirksvertretungen ihre eigenen Prioritäten verschieben können.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**9. Verteilung der Landesmittel 'Offene Jugendarbeit' für das Haushaltjahr 2005
Vorlage: 0389/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erläutert, dass im Rahmen der Etatberatungen über diesen Punkt entschieden worden ist.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Beschluss:

Der JHA stimmt der in der AG 1 abgestimmten Verteilung der Landesmittel „Offene Jugendarbeit“ für das Haushaltsjahr 2005 zu.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**10. Zukunftsfähigkeit der Stadt Hagen
- Demografie und Stadtumbau -**

hier: Analyse

Vorlage: 0212/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Grebe stellt die Vorlage vor. In der ganzen BRD ist dieses Phänomen so, nicht nur in Hagen. Mit gezielten Maßnahmen sollen die Bürger, die hier wohnen, so weit das möglich ist, in Hagen gehalten werden.

Herr Reinke stellt den vorliegenden Antrag der CDU vor.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Herr Schledorn, Herr Strüwer, Herr Sczukowski, Frau Grebe und Herr König.

Herr Sczukowski schlägt vor, das Gespräch mit den Kirchen zu suchen und mit einer konzertierten Aktion gemeinsam etwas zu tun.

Der Jugendhilfeausschuss fasst keinen Beschluss und betrachtet die Erörterung als erste Lesung.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen	
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen	
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt	
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt	
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit	
<input checked="" type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung	1. Lesung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen	
<input type="checkbox"/>		

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**11. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Hagen
Vorlage: 0954/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kleinert vom Umweltamt erläutert den Beschlussvorschlag.

An der nachfolgenden Erörterung beteiligen sich Frau Kurte, Herr Steuber, Frau Köppen und Frau Kleinert.

Beschluss:

Der Agenda-Beirat hat für die Themenbereiche

- Stadt(teil)entwicklung und –gestaltung
- Naturschutz, Landschaftspflege, Landwirtschaft
- Nachhaltiger Umgang mit Energie und Mobilität
- Kinder und Jugendliche
- Zukunft der Arbeit
- Globale Gerechtigkeit

Leitbilder, Ziele und Indikatoren erarbeitet, die eine nachhaltige Entwicklung in Hagen sichern sollen. Mit Hilfe der Indikatoren soll die Zielerreichung messbar gemacht werden.

Der Agenda-Beirat hat am 11.7.2002 dem Rat der Stadt Hagen diese Vorschläge vorgelegt. Der Rat hat am 4.6.2003 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Rat nimmt die Leitbilder, Ziele und Indikatoren, die der Agenda-Beirat erarbeitet hat, zur Kenntnis.
2. Der Rat akzeptiert die Leitbilder und Ziele im Sinne von Nachhaltigkeitskriterien als eine wichtige Grundlage für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, beispielhaft eine erstmalige Indikatorenerhebung vorzulegen.

Diese Erhebung wurde in den Themenbereichen Naturschutz, Landschaftspflege und Landwirtschaft, nachhaltiger Umgang mit Energie und Mobilität und Kinder und Jugendliche durchgeführt. Vom Agenda-Beirat empfohlene Indikatoren, die mit größerem Aufwand zu erheben sind, wurden bisher außen vor gelassen. Es wurden dafür in Abstimmung mit dem Beirat vereinzelt Indikatoren aus anderen Veröffentlichungen übernommen (s. Anlagen), die eine sinnvolle Ergänzung der Vorschläge des Beirates darstellen und unkompliziert erhoben werden können. Die Erhebung kann stets nur beispielhaft sein und selbst in den betrachteten Bereichen noch Lücken aufweisen.

Mit der Erhebung von Indikatoren soll kein Vergleich mit anderen Kommunen angestrebt werden. Es soll vielmehr innerhalb der Kommune deutlich werden, ob die Entwicklung in eine Richtung geht, die als nachhaltige Entwicklung angesehen werden kann oder nicht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist das Ziel.

Um die Richtung deutlich zu machen wurden **Nachhaltigkeitsziele** formuliert. Diese sind jeweils mit aufgeführt. Sie stellen einen gewünschten Zustand dar, der erreicht werden soll .

Eine Zielerreichung ist aber nur dann möglich, wenn der Agenda-Gedanke in das städtische Handeln einfließt. Mit dieser Vorlage soll der Beschluss gefasst werden, dass die Überprüfung und Steuerung des Prozesses mit Hilfe des vorgeschlagenen Indikatorenkonzeptes erfolgen soll.

- Der Agenda-Beirat wird gebeten, an den Indikatoren weiter zu arbeiten und Vorschläge zu unterbreiten, die eine einfache Erhebung ermöglichen.

- Die Verwaltung wird beauftragt, zur Überprüfung und Steuerung des Nachhaltigkeitsprozesses das vom Agenda-Beirat im Grundsatz erarbeitete Indikatorenkonzept heranzuziehen.
- Für den Lärmbereich ist aufgrund der Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung eine gesonderte Erhebung durchzuführen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat Anfang 2006 eine neue Erhebung vorzulegen, die über die bereits benannten Themen hinaus weitere Bereiche umfasst und das Indikatorenkonzept für eine nachhaltige Entwicklung in Hagen fort schreibt.
- Die Indikatoren sollen in bezug auf die Vorlage „Zukunftsfähigkeit der Stadt Hagen – Demografie und Stadtbau“ (Drucks.-Nr. 0212/2005) als Diskussionsgrundlage mit herangezogen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen**12. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs.8 der Geschäftsordnung des Rates****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Haensel erkundigt sich, ob mit dem heilpädagogischen Kinderheim Hamm Regelungen getroffen worden sind.

Herr Steuber erläutert, dass ein Angebot für eine Mutter-Kind- Betreuung in der AG 4 diskutiert wurde. Es gibt zur Zeit keine konkreten Verhandlung mit dem Anbieter. Der Fachbereich hat nur die Möglichkeit zu prüfen, ob ein Angebot sach- und fachgerecht ist. Private Anbieter können auch ohne entsprechenden Bedarf auf den Markt drängen. Die Stadt Hagen hat hier wenig Einflussmöglichkeiten.